

**Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung
gemäß § 46 Abs. 1 GO LT**

Abgeordneter Dr. Marco Mohrmann (CDU)

Pflanzenschutzmittel-Abgabe: Kündigt Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte den „Niedersächsischen Weg“ auf?

Anfrage des Abgeordneten Dr. Marco Mohrmann (CDU) an die Landesregierung, eingegangen am 09.02.2023

In der *Hannoverschen Allgemeinen Zeitung* vom 29.12.2022 sprach sich Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte für die Einführung einer sogenannten Pestizidabgabe nach dem Vorbild Dänemarks aus, um das Ziel der Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln flächendeckend zu erreichen.

Im „Niedersächsischen Weg“ haben sich die Vertragspartner unter Ziffer 13 des vereinbarten Maßnahmenpaketes auf eine Reduzierung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln in Niedersachsen verständigt. Ausgehend von dieser generellen Zielsetzung haben die Partner ein Pflanzenschutzmittelreduktionsprogramm formuliert und noch vor der Landtagswahl im Herbst 2022 im Lenkungskreis des „Niedersächsischen Weges“ verabschiedet.

1. Wann wird das von den Partnern des „Niedersächsischen Weges“ formulierte und im Lenkungskreis bereits verabschiedete Pflanzenschutzmittelreduktionsprogramm veröffentlicht werden?
2. Ist eine sogenannte Pestizidabgabe nach dem Vorbild Dänemarks ein Baustein des Pflanzenschutzmittelreduktionsprogramms im „Niedersächsischen Weg“?
3. Aus Mitteln des Maßnahmenpaketes „Stadt.Land.Zukunft“ fördert die Landesregierung mit 1 Million Euro Leitbetriebe, die Alternativen zum Einsatz chemischer Pflanzenschutzmittel entwickeln und erproben sowie weitere landwirtschaftliche Betriebe dabei unterstützen sollen, den Einsatz von Pflanzenschutzmitteln zu reduzieren. Wird dieses Netzwerk trotz des Plädoyers von Landwirtschaftsministerin Staudte für die Einführung einer sogenannten Pestizidabgabe nach dem Vorbild Dänemarks fortgeführt werden?
4. Der „Niedersächsische Weg“ stellt den Ausgleich zwischen den Interessen der Landwirtschaft und des Naturschutzes her, indem entweder für die Landwirtschaft freiwillige Maßnahmen (z. B. Umstieg auf Ökolandbau) finanziell attraktiv ausgestaltet oder die mit obligatorischen Maßnahmen (z. B. kein Dünge- und Pflanzenschutzmitteleinsatz auf Gewässerrandstreifen) verbundenen Erschwernisse finanziell kompensiert werden. Handelt es sich bei einer sogenannten Pestizidabgabe nach Auffassung der Landesregierung um eine freiwillige Maßnahme im Sinne des „Niedersächsischen Weges“? Falls nein: Würden in Niedersachsen den landwirtschaftlichen Betrieben die aus der Einführung dieser Abgabe resultierenden finanziellen Nachteile ausgeglichen werden?
5. Falls den landwirtschaftlichen Betrieben die aus der Einführung einer sogenannten Pestizidabgabe resultierenden finanziellen Nachteile in Niedersachsen ausgeglichen werden sollten: Geht die Landesregierung für diesen Fall dennoch davon aus, dass es durch die Einführung der Abgabe zu einer Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln kommen würde?
6. Falls kein Ausgleich der Nachteile der Einführung einer sogenannten Pestizidabgabe geplant sein sollte: Welche Auswirkungen auf die Anbauprogramme, die Flächennutzung sowie die Einkommen landwirtschaftlicher Betriebe in Niedersachsen erwartet die Landesregierung?
7. Die Europäische Kommission hat einen Verordnungsvorschlag für die nachhaltige Verwendung von Pflanzenschutzmitteln vorgelegt, der die Reduktion des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln allein über Mittel des Ordnungsrechts herbeiführen will und daher im Widerspruch zu den Grundprinzipien des „Niedersächsischen Weges“ steht. Wird sich die Landesregierung für eine

Änderung des Verordnungsvorschlags der EU-Kommission einsetzen, um in Niedersachsen eine erfolgreiche Fortführung des „Niedersächsischen Weges“ möglich zu machen?